

Das politische Hickhack lähmt die Investitionen

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Frankfurter Rundschau, 11. 1. 2009

Wenn man unseren Politikern in diesen für die Zukunft der deutschen Wirtschaft entscheidenden Tagen zuhört, hat man den Eindruck, diese Menschen lebten auf einem anderen Stern. Wo es um die massive und schnelle Anregung der Konjunktur in einer globalen Krise von historischen Dimensionen geht, kocht jede Partei an ihrem Wahlkampfsüppchen ohne sich ernsthaft um die zentrale Frage zu scheren, wie man tief verunsicherten Investoren jetzt Orientierung bieten kann. Die einen wollen die Steuern für ihre Klientel senken, andere wollen lieber an die Sozialabgaben ran, die nächsten liebäugeln mit den Gesundheitskosten und die letzten möchten zur Finanzierung des Ganzen den Reichen an den Kragen.

Alle diese Ansätze sind zum Scheitern verurteilt. Sie ignorieren das Kernproblem der Krise. Was wir erleben, ist nicht ein normaler zyklischer Rückgang, wie er alle paar Jahre einmal vorkommt, sondern ein rasanter Einbruch der globalen Investitionstätigkeit, der vor allem daraus resultiert, dass sich überall auf der Welt die für Investoren entscheidenden Preisrelationen in atemberaubendem Tempo und drastisch verschoben haben. Das begann an den Immobilien- und Aktienmärkten, wo spekulativ weit überzogene Werte korrigiert wurden. Das setzte sich an den Rohstoffmärkten fort, wo sich die von allen als Jahrhundertrevision der Preise interpretierte Aufwärtsentwicklung („weil die Chinesen und Inder neu als Nachfrager auftreten“) als spekulative Blase erwiesen hat. Und das endet bei den Währungsrelationen, wo nichts mehr so ist, wie es war, weil auch dort eine gewaltige spekulative Blase geplatzt ist, die die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Volkswirtschaften und ihren Unternehmen fundamental verschoben hat. Dieser Verlust aller Kalkulationsgrundlagen lähmt die Investoren weltweit. Ihr aus einzelwirtschaftlicher Sicht sinnvolles Abwarten aber verschlimmert die Situation von Tag zu Tag.

Weil die Investitionsgüterindustrie hierzulande eine überragende Rolle spielt, ist Deutschland von diesem Einbruch besonders stark betroffen. Der Auftragseingang bei den deutschen Investitionsgüterproduzenten aus dem In- und dem Ausland ist innerhalb eines Jahres um fast 30 Prozent eingebrochen. Das derzeit veranstaltete steuerpolitische Hickhack vergrößert die all-

gemeine Unsicherheit und erschwert die ohnehin heikle Kalkulation neuer Projekte. Das ist das Letzte, was die Unternehmen jetzt brauchen, zumal die kleinen und mittelständischen, die nicht Heerscharen von Steueroptimierern, Devisenmarktbeobachtern und Arbeitsmarktexperten beschäftigen können, sondern hart am technologischen Fortschritt arbeiten. Also Hände weg von Steuer- und Abgabenreformen. Gefragt sind Maßnahmen, die die Ertragsituation über eine *direkte* Ausweitung der Nachfrage verbessern. Da der Staat viele Maschinen und Ausrüstungsgüter nicht selbst braucht, muss er dort ansetzen, wo für ihn tatsächlich Investitionsbedarf ist, und darauf bauen, dass die davon profitierenden Unternehmen dann wieder bei anderen Herstellern einkaufen gehen. Das Gleiche gilt für die Anregung des privaten Konsums: Nur was absolut sicher wieder ausgegeben wird, ist sinnvoll an Private weitergeleitetes Geld des Staates. Das spricht eindeutig für eine Aufstockung der Transfers an die Schwächsten der Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren auch mit Abstand die größten Lasten getragen haben. Klientel-Politik ist rausgeschmissene Wahlkampfhilfe.